

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Jeannette Auricht (AfD)

vom 20. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Februar 2024)

zum Thema:

Angriffe auf Mitarbeiter in Jobcentern

und **Antwort** vom 12. März 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. März 2024)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Frau Abgeordnete Jeannette Auricht (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/18393
vom 20. Februar 2024
über Angriffe auf Mitarbeiter in Jobcentern

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung: Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Im Sinne einer sachgerechten Antwort hat er daher die zuständige Regionaldirektion Berlin-Brandenburg (RD BB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

Vorbemerkung der Abgeordneten: Medienberichten zufolge sind Mitarbeiter im öffentlichen Dienst immer öfter Gewalt ausgesetzt.¹⁾ Im Jahr 2023 gab zum ersten Mal mehr als die Hälfte der Beschäftigten (54 Prozent) an, selbst Erfahrungen mit Gewalt gemacht zu haben. Auch im Rahmen einer vom rbb im Jahr 2022 durchgeföhrten Anfrage bei verschiedenen Jobcentern berichteten Mitarbeiter in mehreren Jobcentern in Südbrandenburg von bedrohlichen Situationen mit Jobsuchenden. Zum Schutz wurden Sicherheitsdienste engagiert und Mitarbeiter geschult.²⁾

1. Wie stellt sich nach Kenntnis des Senats in diesem Kontext die Lage in den Jobcentern in Berlin dar?

Zu 1.: Aggressives und gewaltvolles Verhalten von Kundinnen und Kunden war und ist auch in den Berliner Jobcentern immer mal wieder ein Thema. Aus Sicht der Jobcenter gibt es derzeit allerdings keine besonderen negativen Veränderungen. Den Schilderungen zufolge gehen diese vielmehr zurück.

¹⁾ Vgl.: „Umfrage: Jeder Zweite im öffentlichen Dienst erlebte Gewalt.“ Berliner Morgenpost (15.08.2023).

²⁾ Vgl.: „Jobcenter beklagen Aggression bei Arbeitssuchenden.“ (rbb24 /28.11.2022).

2. Wie viele Übergriffe bzw. sogenannte sicherheitsrelevante Vorfälle und/oder verbale Bedrohungssituationen wurden in den Berliner Jobcentern in den Jahren 2020 bis 2024 jährlich (bezirksbezogen) registriert?

3. In welchen Kategorien werden Übergriffe bei den Berliner Jobcentren nach Kenntnis des Senats unterteilt? Wie stellen sich die Vorkommnisse (Frage 2) unterteilt nach den einzelnen Kategorien für den Zeitraum 2020 bis 2024 dar?

4. Bezogen auf den Zeitraum 2020 bis 2024 (jährlich und bezirksbezogen):

- a. Wie oft wurde der Sicherheitsdienst zur Unterstützung gerufen?
- b. Wie oft wurden Hausverbote ausgesprochen?
- c. Wie oft musste die Polizei hinzugezogen werden?

Zu 2. bis 4.: Eine statistische Erhebung zu sicherheitsrelevanten Fällen und verbalen Bedrohungssituationen liegen weder der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg noch dem Berliner Senat vor.

5. In welcher Höhe beliefen/belaufen sich die Kosten für den Sicherheitsdienst (sowie weitere mit Sicherheitsmaßnahmen verbundene Aufwendungen) im besagten Zeitraum jeweils jährlich und bezirksbezogen?

6. Wie hoch ist der Anteil der Jobcenter, die Wachleute engagieren (sofern zutreffend, jeweils unter Angabe der Anzahl des Wachpersonals) bzw. die keinen Sicherheitsdienst engagieren, an der Gesamtzahl der Jobcentern in Berlin?

Zu 5. und 6.: Alle 12 Berliner Jobcenter nehmen nach Kenntnis des Senats Leistungen für Sicherheitsdienste durch externe Anbieter in Anspruch. Die Entscheidung über den Einsatz sicherheitsrelevanter Maßnahmen erfolgt in den Jobcentern in Eigenregie. Über den Umfang der Leistung und die Anzahl des eingesetzten Sicherheitspersonals sowie über die mit der Dienstleistung verbundenen Kosten liegen der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg und dem Senat keine Informationen vor.

Berlin, den 12. März 2024

In Vertretung

Micha Klappe

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung